

Parteitagskomitee (Hrsg.): Von Fehden und Kämpfen. Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Magdeburgs. Magdeburg 1910

VOR UND WÄHREND DES SCHANDGESETZES.

Von ERNST WITTMACK, Magdeburg.

Mächtige Wälle, doppelte Tore und steile Mauern können wohl gegen Roß und Reiter schützen, aber sie hindern nicht das Eindringen des Zeitgeistes. Wie stark bewehrt die alte Gamaschenstadt Magdeburg auch zu allen Zeiten war, wie dick und schwer die Kasernenatmosphäre über ihr lagerte, etwas vom Odem der Freiheit, der mit frischem Hauche durch die Lande strich, drang auch in ihre muffigen Gassen. Er erquickte dürstende Herzen und Hirne.

Es ist gewiß kein Zufall, daß die freireligiöse Bewegung, die aus der Auflehnung der Geister gegen den orthodoxen Kirchen- druck in den vierziger Jahren entstand, in Magdeburg ihre stärkste Stütze fand. Und wie ein Märchen aus fernen Jahrtausenden klingt es, wenn wir hören, daß die Stadtverordnetenversammlung von Magdeburg einst den Prediger dieser freireligiösen Gemeinden, Uhlich, ihren begeisterten Agitator, zum Ehrenbürger ernannte! Heute vergibt man diese höchste Würde an einen Dutzendbureaucraten, der durch irgendeinen Zufall Finanzminister in Preußen wird. Vor 1848 aber litt das Bürgertum unter politischem und wirtschaftlichem Druck wie heute die Arbeiter, und seinem Unbehagen, seiner Opposition, machte der noch nicht ganz vermuckerte und entnervte Teil der Bürgerschaft durch den Austritt aus der königlich preußischen Kirche Luft.

Daß die Unterdrücktesten unter den Unterdrückten, die Arbeiter, nicht ganz interesselos abseits standen, ließe sich noch heute leicht nachweisen. Auch die Revolution von 1848 hat in der Arbeiterschaft Magdeburgs ein Echo gefunden. Unter Berufung auf die Errungenschaften dieses Jahres gründete 1850 ein Handschuhmacher Engel eine Zeitung für die Interessen der Handschuhmacher Deutschlands, die als Organ eines Zentralverbandes über Deutschland und Oesterreich gedacht war. Die Reaktion zerstampfte aber bald diese Blüte am Freiheitsbaum, wie auch die Fachvereine, die um 1850 herum entstanden waren. Auch Ferdinand Lassalles Weckruf an die Arbeiterschaft fand in Magdeburg offene Ohren. Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Arbeitervereins, die am 30. November und 1. Dezember 1865 zu Braunschweig tagte, war Magdeburg durch Hillmann (Eiberfeld) vertreten, der auch noch von einer Anzahl anderer Städte delegiert war.

Aber nur klein an Zahl müssen die Genossen damals in Magdeburg gewesen sein, groß dagegen die Hindernisse, die ihren Zusammenschluß vereitelten. Denn erst 1868 trat die erste sozialistische Organisation ins Leben: der Soziale Reformverein, von Julius Bremer, dem „Vater der Magdeburger Sozialdemokratie“, als lokale Vereinigung gegründet. Zum 5. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine, der am 5., 6. und 7. September 1868 in Nürnberg stattfand, delegierte der Soziale Reformverein August Bebel. Neben dem Sozialen Reformverein, dessen Mitgliederzahl 90 betrug, war auch der Arbeiter-Bildungsverein Magdeburg in Nürnberg vertreten. Delegierter des Vereins, der 300 Mitglieder zählte, war Minner, Magdeburg. Mit 69 gegen 46 Stimmen erklärte der Vereinstag seine Uebereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiter-Association. Das veranlaßte 39 Vereine — darunter auch den Arbeiter-Bildungsverein Magdeburg —, ihren Austritt zu erklären. Minner, Magdeburg, als ihr Wortführer, verlas die Austrittserklärung und verließ dann mit seinen Freunden, die sich für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklasse nicht entscheiden mochten, das Tagungsort. Was aus dem Arbeiter-Bildungsverein Magdeburg geworden ist, ist nicht zu ermitteln. Den Verein, der nie in sozialdemokratischem Fahrwasser segelte, sondern liberalen Tendenzen huldigte, scheinen seine Arbeitermitglieder allmählich verlassen zu haben. Im Jahre 1871 — der freireligiöse Prediger Uhlich war damals Vorsitzender — wurde Klage darüber geführt, daß der Verein so wenig Mitglieder habe. Um das Bürgertum zum Eintritt geneigter zu machen, wurde hinzugesetzt, daß der Verein nicht etwa nur aus Arbeitern, sondern hauptsächlich aus Handwerkern und Gewerbetreibenden bestehe und neben andern den „Kampf gegen Klassenneid und Arbeiterwühlereien“ auf seine Fahne geschrieben habe.

Im Jahre 1869 wurde der Soziale Reformverein aufgehoben und dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein unter Schweitzers Führung angeschlossen. Sehr viel Freude erlebte Schweitzer an dieser neuen Mitgliedschaft aber nicht, denn als er 1869 versuchte, seine Richtung mit der Mendeschens, die von der Gräfin Hatzfeld protegiert wurde, zu vereinigen, lehnten sich auch die Magdeburger dagegen auf. Ein Aufruf im „Demokratischen Wochenblatt“, datiert vom 22. Juni 1869, ist an der Spitze von drei Magdeburgern gezeichnet: Bremer, Wilhelm Klees und Hoffmann. Die Unterzeichner erklärten zugleich ihren Austritt aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und schlossen sich den Eisenachern an. Die Lassalleaner behielten aber unter den Zimmerern und Maurern noch starken und eifrigen Anhang, und wie überall, kam es auch hier des öfters zu unliebsamen Reibungen zwischen beiden Richtungen, besonders bei Agitationsreisen nach außerhalb. Die Lassalleaner konnten solche Reisen angeblich

mit wohlgespicktem Portemonnaie aus der Vereinskasse machen, während die Eisenacher nur mit „Idealismus“ ausgerüstet waren. Wie sehr diese inneren Zerwürfnisse die Arbeitersache schädigten, zeigte sich bei der Reichstagswahl 1871, bei der sich die beiden Richtungen auf das heftigste befehdeten. Die Schweizerianer stellten als Kandidaten den Schuhmacher Zielowsky auf, während die Eisenacher zunächst beschlossen, Wahlenthaltung zu üben. Dann aber proklamierten sie Johann Jacoby als Kandidaten, obschon dieser zu jener Zeit noch nicht Parteimitglied war. Er ist erst 1872, nach dem Leipziger Hochverratsprozeß, der Partei beigetreten. Die beiden Gruppen bekämpften einander so heftig, daß nach Zielowskys Erklärung die Anhänger Schweitzers lieber konservativ als den Kandidaten der Eisenacher wählen wollten. Das Resultat der Wahl war, daß auf Zielowsky 265, auf Johann Jacoby 196 Stimmen entfielen.

In diese Zeit fällt auch das Wirken des Staatsanwalts Tessedorf, der dem Grundsatz huldigte: „Zerstören wir die sozialistische Organisation, und es existiert keine sozialistische Partei mehr!“ Bis zum Jahre 1874 amtierte er in Magdeburg. Dann wurde er nach Berlin berufen, wo er mit unvermindertem Eifer weiter an der Vernichtung der Sozialdemokratie arbeitete. Tessedorf schreckte vor nichts zurück, um sein Ziel zu erreichen. Einmal mußte er in einem Prozeß gegen den Genossen Julius Bremer dessen Freisprechung beantragen, weil es absolut nicht anders ging. Zu den Richtern gewandt, bemerkte er aber in seinem Plaidoyer: „Bisher ist es ja dem Angeklagten noch stets geglückt, unter den Maschen des Strafgesetzes durchzuschlüpfen. Wir müssen ihn daher freisprechen. Wenn es uns aber einmal glückt, ihn zu fassen, dann wird ihm eine ganz exemplarische Strafe zuteil werden müssen.“ Bremer geißelte am Abend desselben Tages in einer Volksversammlung die unglaubliche Zumutung an die Richter, die in den Worten Tessedorfs lag. Dieser selbst war zugegen. Als aber die Worte Bremers bei der ganzen Versammlung stürmische Pfuirufe auslösten, verließ er schleunigst das Lokal. War es Furcht oder war es eine Anwendung von Scham?

Die Parteibewegung litt unter Tessedorfs Verfolgungen jedoch nicht. Sie nahm vielmehr trotzdem raschen Aufschwung. Theodor Metzner vereinigte auf sich bei der Reichstagswahl 1874 schon 1208 Stimmen. 1877 erhielt Wilhelm Bracke, dem die inzwischen gegründete Magdeburger „Freie Presse“ bei der Wahlbewegung treffliche Dienste leistete, 2724 Stimmen, womit zum erstenmal der sozialdemokratische Kandidat in die Stichwahl kam. Das Attentatsjahr brachte mit der Auflösung des Reichstags wiederum Neuwahlen. Brackes Stimmenzahl schnellte im ersten Wahlgang auf 6253 hinauf, doch blieb er damit gegen den Nationalliberalen v. Unruh in der Minderheit.

Inzwischen war das Sozialistengesetz unseligen Andenkens in Kraft getreten. Wie in andern Orten, begann auch in Magdeburg das Wüten gegen den wehrlos gemachten Feind. Als sich das Jahr 1878 seinem Ende zuneigte, gab es keinen einzigen Arbeiterverein mehr in Magdeburg. Der sozialdemokratische Wahlverein hatte der drohenden Schließung durch freiwillige Auflösung vorgebeugt und die „Freie Presse“ in gleicher Weise ihr Erscheinen eingestellt. Das Jahr 1879 brachte den Magdeburger Genossen schon wieder eine Reichstagswahl. Abgeordneter v. Unruh hatte sein Mandat niedergelegt. Unsre Genossen hielten sich tapfer. Das Schandgesetz machte eine Wahlagitation nahezu unmöglich. Trotzdem brachten sie ihren Kandidaten Viereck mit 4721 Stimmen in die Stichwahl. In der Hauptwahl unterlag er jedoch mit 7308 Stimmen den 8453 gegnerischen nationalliberalen Stimmen. Bei der Wahl im Jahre 1881, bei der Viereck wiederum kandidierte, behaupteten unsre Genossen ziemlich ihre Stimmenzahl.

Sie hatten mittlerweile begonnen, die zertrümmerte Organisation wieder aufzurichten, die auch bald vorzüglich funktionierte. Der verbotene Züricher „Sozialdemokrat“ wurde eifrig gelesen und immer pünktlich verbreitet. Den polizeilichen Häschern fiel selten ein Exemplar in die Hände, und mit vergnügtem Schmunzeln erzählen noch heute die älteren Genossen, wie oft und wie gründlich sie die Polizei hinters Licht geführt haben. Der emsigen und — weil sie geheim betrieben werden mußte — schwierigen organisatorischen Kleinarbeit wurde 1884 ein glänzender Erfolg zuteil: zum erstenmal wurde bei der Reichstagswahl der sozialdemokratische Kandidat gewählt, Hutmacher August Heine, Halberstadt. Er ging in der Stichwahl, „protegiert“ von den Konservativen und dem Polizeipräsidenten v. Arnim, mit 12301 gegen 9172 freisinnige Stimmen durchs Ziel. Bei den Septennatswahlen im Jahre 1887 konnte der Kreis nicht behauptet werden. Abgesehen von den allgemeinen politischen Verhältnissen mag einen geringen Teil der Schuld auch der Umstand haben, daß sich die Parteiorganisation im Jahre 1885 in die „Organisation I“ und „Organisation II“ gespalten hatte. Teils grundsätzliche und teils persönliche Gründe spielten dabei eine Rolle. Auch der Geheimbundprozeß, der während der Wahlbewegung eingeleitet wurde, hat sicher manchen mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Wähler kopfscheu gemacht.

Mancherlei trübe Erinnerungen knüpfen sich an diesen Prozeß. Unter den Inhaftierten befand sich auch der Schneider Habermann, der drei unmündige Kinder und eine hochschwängere Frau in der Freiheit zurückließ. Habermann erkrankte im Gefängnis und mußte ins Krankenhaus überführt werden. Seine Frau, die man von der Erkrankung ihres Mannes nicht benachrichtigte, erfuhr durch Zufall davon und hat

mit erhobenen Händen den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Starcke, ihr einen Besuch im Krankenhaus zu gestatten. Starcke wies die arme Frau ab mit der Bemerkung, die Krankheit ihres Mannes werde wohl nicht so schlimm sein. Erst nach einigen Tagen erhielt die geängstigte Frau die Erlaubnis, ihren Mann zu besuchen und traf ihn mit dem Tode ringend an. Drei Tage darauf hatte er sein Leben ausgehaucht, ohne vorher noch einmal seine Kinder gesehen zu haben, weil der Untersuchungsrichter das abgeschlagen hatte! Habermann sollte Sonntags vormittags um 11 Uhr beerdigt werden und seine Frau traf alle Vorbereitungen dazu. Plötzlich erhielt sie am Sonnabend nachmittag um 4 Uhr die Nachricht, daß die Beerdigung auf Anordnung der Polizei bereits um 5 $\frac{1}{4}$ Uhr stattfinden müsse. Von wenigen Freunden begleitet, ihr jüngstes, mehrere Wochen altes Kind auf dem Arme, die andern Kinder von Fremden geführt, eilte sie nach dem Friedhof und fand dort den Sarg bereits geschlossen. Erst auf das laute Wehklagen der Kinder wurde der Sarg noch einmal geöffnet und dann ohne Sang und Klang der Erde übergeben. Am Sonntag darauf aber zogen Tausende von Arbeitern nach dem Grabe Habermanns und legten Kränze und Blumen darauf nieder. Das war die erste sozialdemokratische Straßendemonstration in Magdeburg, bei der sich die Teilnehmer gelobten, treu festzuhalten an der Sache, der der Verstorbene sein Leben geweiht hatte.

Das Gelöbniß haben sie gehalten. Bei der nächsten Reichstagswahl verhalfen sie ihrem Kandidaten Georg v. Vollmar zu einem glänzenden Siege. Da aber Vollmar auch in München durchgedrungen war und hier annahm, mußten die Magdeburger gleich eine Nachwahl vornehmen, in der Wilhelm Bock mit einer noch größeren Stimmenzahl siegreich blieb. 17 Jahre lang blieb das Mandat ununterbrochen im Besitz der Sozialdemokratie. 1893 wurde Wilhelm Klees und 1898 Wilhelm Pfannkuch gewählt, der Magdeburg bis zu den Hottentottenwahlen im Jahre 1907 im Reichstag vertrat. An dem Mandatsverlust, den diese Wahlen, bei denen die Partei der Nichtwähler den Ausschlag gab, der Sozialdemokratie brachten, war auch Magdeburg beteiligt. Der Kreis ging verloren an den wild-liberalen Fleischermeister Kobelt. Für die nächste Reichstagswahl ist als sozialdemokratischer Kandidat Rechtsanwalt Otto Landsberg aufgestellt worden. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, dann wird das Mandat glänzend zurückerobert werden! —